

Für Menschen, die nach Lösungen suchen

GREEN.

2. März 2022 DIE ZEIT N° 10

33



Fotos: Jürgens Roppel für DIE ZEIT

»Vögelschreddernde Kruzifixe« nennen Aktivisten die Windkraftanlagen

Der Windkampf

Ob Deutschland die Klimawende schafft, hängt auch vom Ringen um Windräder ab. Was bewegt die Gegner, was die Befürworter? Ein Stimmungsbild VON LAURA CWIERTNIA UND RICARDA RICHTER

Manchmal ist es eine kleine Zahl, die einen Konflikt zum Glühn bringt. Die Zwei ist so eine Zahl. Auf zwei Prozent der deutschen Fläche sollen sich in Zukunft Windräder drehen. Auf Ackerflächen und Wiesen, neben Wäldern und Flüssen, vor kleinen Dörfern und im Umkreis von großen Städten. »Das Antlitz des Landes wird sich verändern«, sagte Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck, als er seinen großen Plan verkündete.

So klein die zwei Prozent auf den ersten Blick scheinen, absolut gesehen handelt es sich um mehr als 7000 Quadratkilometer Land, eine Fläche fast halb so groß wie Schleswig-Holstein. Und auf all diesen Quadratkilometern schlummert das Potenzial für einen Streit mit weitreichenden Folgen – für die Bürger, für das Klima und die deutsche Energiesicherheit.

Spätestens seit Bomben auf die Ukraine fallen und die Gaslieferungen aus Russland ausbleiben könnten, werden die Rufe nach mehr Windenergie noch lauter. »Je schneller wir den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben, desto besser«, sagte auch Olaf Scholz am vergangenen Wochenende in seiner Regierungserklärung zum Krieg.

Schon jetzt gehören Windräder zum Landschaftsbild. Gut 28.000 stehen in ganz Deutschland. Von den zwei Prozent ist das aber noch weit entfernt. Erst circa 0,8 Prozent der Fläche wurden für Windräder ausgewiesen, ihr Bau ist dort also offiziell genehmigt. Auf nicht einmal zwei Drittel der Fläche drehen sich schon die Rotoren.

Dass der Ausbau so schleppend vorankommt, hat auch mit Menschen zu tun, die dagegen auf die Straße gehen und vor den Gerichten klagen.

Wie die Zukunft des Landes aussieht, entscheidet sich nicht zuletzt daran, wie weit sich der Widerstand gegen die Windkraft befrieden lässt.

Wir wollten genauer wissen, was die Menschen umtreibt, von Schleswig-Holstein bis Baden-Württemberg, von Niedersachsen bis Thüringen. Dafür haben wir mit Bürgern gesprochen, für die jedes Windrad eines zu viel ist, und mit solchen, die kaum genug von ihnen bekommen können. Menschen, die um ihr Eigentum fürchten, und anderen, die von den Windrädern profitieren wollen. Wir haben einen Konzernchef befragt, Investoren, Landwirte, Projektplaner, Bürgermeister und eine Mediatorin. Wir wollten erfahren, welche Konflikte sie erleben. Und wie man diese Konflikte lösen könnte.

In all den Gesprächen fiel uns auf: Es geht bei dem Streit um die Windkraft nicht nur um Zahlen, nicht allein um Energie, Naturschutz oder die Klimakrise. Es geht vor allem um Gefühle. Das ist noch keine Lösung, aber es könnte eine Chance sein.

Ingo Zerrer, 60, Elektroingenieur und Aktivist in Bad Herrenalb, Baden-Württemberg: Der Bürgermeister aus meinem Nachbarort wollte einen Windpark bauen. Bei uns im Schwarzwald? Da gingen bei mir alle Alarmglocken an.

Cornel Lindemann-Berk, 60, Landwirt auf einem Gut westlich von Köln: Irgendwann wurde im Ort bekannt, dass ich auf meinen Acker ein Windrad stellen will. Da haben sich sofort um die 20 Leute zu einem Bürgerprotest zusammengeschlossen. Sie drohten, meine Anlage durch Klagen stillzulegen, wenn sie lauter wäre als 35 Dezibel – das ist in etwa so laut wie Blätterraschen. Da war ich ehrlich verblüfft.

Thomas Kaiser, 62, Bürgermeister der Gemeinde Häusern im Schwarzwald: Als ich dem Gemeinderat zum ersten Mal von der Idee mit den Windrädern erzählte, sagte einer: Hör auf mit dem Scheiß. Und ein anderer: Thomas, das ist doch super! Da habe ich gehaut, dass das Thema schwierig werden könnte.

In letzter Zeit ist oft von der Spaltung der Gesellschaft die Rede. Auch die Windkraft ist ein Thema, bei dem der Eindruck entstehen könnte, Deutschland teile sich in zwei Lager, in Fans und Feinde. Und vor allem: Diese Lager seien etwa gleich groß. Blickt man auf die Zahlen, ergibt sich ein anderes Bild. Die allermeisten Menschen in Deutschland sprechen sich für den Ausbau der Windenergie aus, laut einer aktuellen Umfrage sind es 80 Prozent. Auch von denen, die in der Nähe von Anlagen wohnen, sind 78 Prozent mit ihnen einverstanden.

Alexandra Weber, 54, Standortleiterin des Energiekonzerns EnBW in Erfurt: Manche Eigentümer legen direkt auf, wenn wir anrufen und ihr Land pachten wollen. »Windenergie? Nee!«, heißt es dann, und bums sind sie weg aus der Leitung. Die allermeisten reagieren aber freundlich. Manche finden Windräder zwar nicht schön, aber sie sagen: »Ich weiß, das ist gut für meine Enkel.«

Thomas Kaiser, Bürgermeister: Windkraft ist mir wichtig. Ich bin jetzt 62 und finde, es ist an meiner Generation, nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Auf dem Gießbacher Kopf, einem Berggrücken bei uns in der Gemeinde, werden bald zwei Windräder entstehen. Mir ist schon klar, dass ich mit meinen zwei Windrädle nicht

die Welt rette. Aber ich sehe es als Privileg: Wir dürfen einen kleinen Teil zum Kampf gegen die Klimaveränderung beitragen.

Stephan Nyhuis, 53, Inhaber einer Baufirma im niedersächsischen Hengsterholz: Die Windräder sind ein Fremdkörper in der Natur, und das werden sie auch bleiben. Wir wohnen nur 550 Meter von der nächsten Anlage entfernt. Wären die Dinger nicht da, wäre ich auch nicht traurig, aber man kann das gut akzeptieren. Und letztendlich muss man es ja auch. Wenn wir bessere Luft haben wollen, saubere Energie und ein geringeres Risiko als bei der Atomkraft, dann kommen wir nicht dran vorbei. Und bei uns auf dem platten Land ist es doch eigentlich ideal.

Windräder drehen sich in Deutschland seit vielen Jahrzehnten. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde ihr Bau von 2000 an massiv gefördert. Später geriet er ins Stocken, auch weil die Politik ihn aus den Augen verlor. Doch seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung herrscht in der Branche wieder Aufbruchsstimmung. Kleine wie große Unternehmen können es kaum abwarten, den Ausbau der Windenergie voranzutreiben.

Frank Mastiaux, 57, Chef des Energiekonzerns EnBW: Windkraft gehört für uns zum Kerngeschäft. 2012 waren wir noch bei 19 Prozent Erneuerbaren, dieses Jahr sind wir bei rund 48 Prozent. Und wir würden gerne noch mehr Windräder bauen, bis 2025 wollen wir unsere Kapazitäten gegenüber 2012 sogar mehr als ver-

Fortsetzung auf S. 34

Folgende Fragen beantworten wir in dieser Ausgabe:

Will der Bahn-Chef wirklich, dass wir alle Zug fahren?

Sind schnelle, starke E-Autos noch gut fürs Klima?

Was wissen wir über die Grenzen des Wachstums?

Das ganze GREEN. und noch mehr aktuelle Themen finden Sie auf zeit.de/green

ANZEIGE



DER WINDKAMPF

Fortsetzung von S. 33

zehnfachen. Dafür wollen wir weitere vier Milliarden Euro investieren.

Christian Hoffmann, 39, Investor und Planer von Windparks in Marne, Schleswig-Holstein: Mit 32 habe ich einen fünfstelligen Betrag in Windkraft investiert. Für mich war die Investition in erneuerbare Energien ein logischer Schritt, auch da ich mit Windrädern vor meinem Kinderzimmerfenster aufgewachsen bin.

Siegrid Heinze, 60, Landrat des Landkreises Oberspreewald-Lausitz: Bevor ich hauptamtlich in die Kommunalpolitik eingestiegen bin, habe ich in der Braunkohle gearbeitet. 15 Jahre lang, bis 1993. Der Ausstieg unseres Landkreises aus der Kohle war arbeitsmarktpolitisch eine Blutgrätsche. Kein Abbau, keine Veredelung, keine Verstromung von Kohle mehr. Wir hatten plötzlich eine Arbeitslosenquote von über 30 Prozent. Heute sind wir bei sieben Prozent, auch durch die Umorientierung auf erneuerbare Energien.

Reinhard Christiansen, 68 Jahre, Windparkbetreiber in Ellhöft, Schleswig-Holstein: Mit Energie wurde schon immer viel Geld verdient, aber früher gingen die Gewinne nach Düsseldorf oder München. Jetzt sind wir auf dem Land dran. Ich habe Windmühlen gebaut, um Wertschöpfung in die Region zu bringen. Schleswig-Holstein hat keine Rohstoffe. Aber wir haben den Wind. Und den müssen wir nur ernten.

Die Gegner der Windräder sind nicht die breite Masse. Aber sie sind laut. Organisiert in Bürgerinitiativen und Bündnissen, die sich »Gegenwind« oder »Vernunftwende« nennen, rufen sie zum Protest auf. Im Internet, auf Flugblättern und Demonstrationen kämpfen sie gegen die »Verspargelung der Landschaft«, gegen »vogelschreddernde Kruzifixe«. Rund 300 solcher Initiativen gebe es in Deutschland, schätzt das Rechercheteam Europäische Energiewende Community. Was sind das für Menschen, die sich gegen Pläne engagieren, von denen die Klimawende abhängt? Und was haben sie gegen die Windräder?

Anita Schmidt-Jochheim, 68, Mitbegründerin einer Bürgerinitiative in Göttingen: Ich bin keine Windkraftgegnerin. Windenergie hat in windigen Gegenden Potenzial. Aber nicht hier in Göttingen! Ich mache mir Sorgen um die Lebewesen wie Insekten, Fledermäuse, Rotmilane.



»Politiker in Berlin feiern sich als Klimaretter«, sagt Aktivistin Anita Schmidt-Jochheim

Ingo Zerrer, Aktivist: Was mich sauer macht? Wenn mir Leute unterstellen, ich sei ein Nimby. Also jemand, der sagt, Windräder gern, aber nicht bei mir, *not in my backyard*. Ich bin aber kein Nimby. Selbst wenn ein Windrad 800 Kilometer von meinem Hinterhof entfernt gebaut wird, finde ich das grausam. Ich würde auch in Schleswig-Holstein massiv gegen Windparks kämpfen. Für mich ist Windkraft in Deutschland die größte Fehlentwicklung in der Geschichte der Bundesrepublik. Es ist Gewalt gegen die Natur, Gewalt gegen die Tiere und Gewalt gegen uns Menschen.

Karl-Friedrich Weber, 77, Förster im Ruhestand nahe Braunschweig: Niedersachsen will bald auch Forste für den Bau von Windkraftanlagen freigeben. In anderen Bundesländern ist das schon erlaubt. Dabei brauchen wir die Wälder für den Klimaschutz. Für den Wasserkreislauf und auch als Kohlenstoffspeicher. Wenn ich sie durchlöchere, indem ich Energiemonster von 250 Meter Höhe zwischen die Bäume stelle, weiß ich überhaupt nicht, welche Konsequenzen das für das System hat.

Die lokalen Konflikte sind unterschiedlich. Aber die Gründe, warum Menschen protestieren, ähneln sich. Ein Argument, das fast immer



»Wegen Windrädern wurde ich mit dem Tod bedroht«, berichtet Alexandra Weber, Standortleiterin beim Energiekonzern EnBW

aufkommt und das vielen Klagen zugrunde liegt, ist der Natur- und da vor allem der Vogelschutz. Je nach Schätzung sollen bis zu 100.000 Vögel im Jahr zwischen die Rotorblätter geraten und sterben. Angesichts dieser Zahl lassen sich Windkraftgegner nicht von dem Argument überzeugen, dass auch an Glasscheiben, auf Straßen und durch Hauskatzen Millionen Vögel verenden. Selbst einige Landesverbände des Nabu klagen in Einzelfällen gegen den Bau von Windrädern, obwohl die Umweltschutzorganisation ihn grundsätzlich unterstützt. Der Streit um die Windkraft ist auch ein Konflikt zwischen Natur- und Klimaschutz. Allein damit lässt sich die Dimension des Protests allerdings nicht erklären; und oft hört die Wut auch dann nicht auf, wenn längst belegt ist, dass kein seltene Vogelart bedroht ist.

Alexandra Weber, EnBW-Standortleiterin: »Auf meinen Acker kommt mir nichts, den bewirtschafte ich aus eigener Kraft: Das sagen manche Landwirte. Andere haben grundsätzlich Vorbehalte gegen die Windenergie. Oft schieben sie den Vogelschutz vor, aber wenn man länger mit ihnen spricht, stellt sich heraus: Das sind gar keine Hobby-Ornithologen. Ihnen gefallen die Windräder einfach optisch nicht.

Anita Schmidt-Jochheim, Aktivistin: Die Lärmbelästigung zerstört die Ruhe der Anwohner. Ich finde die Ausgangslage nicht gerecht: Der, dem das fragliche Land gehört, entscheidet sich, es an einen Windparkbetreiber zu verpachten, und wird reich. Die Politiker in Berlin feiern sich dann als Klimaretter. Aber: Was ist mit den Menschen, die unter den Windrädern leiden? Sollen die das einfach so hinnehmen?

Emanuela Boretzki, 41, Mediatorin für Windkraftstreit aus Leipzig: Ich fahre durch ganz Deutschland und versuche zu schlichten. Manchmal kommt es im Verfahren dazu, dass die Windkraftanlagen innerhalb des vorgesehenen Gebiets verschoben werden. Dann verändern sich nicht nur ihre Positionen, sondern auch die Eigentümerverhältnisse. Auf einmal erhält nicht mehr Bauer A die Pacht, sondern Bauer B. Vorher war Bauer B total sauer und Bauer A glücklich, auf einmal ist es umgekehrt. Neid und Wut sind starke Treiber.

Thomas Kaiser, Bürgermeister: Ich habe das Gefühl, viele Menschen, die in meiner Gemeinde wohnen, sind gar nicht gegen Windkraft – sie haben Angst vor Veränderungen. Manchmal fange ich an, mit denen zu reden, und merke: Die haben sich überhaupt nicht richtig mit dem Thema beschäftigt. Viele von ihnen haben sonst viel Vertrauen in unsere Gemeindepolitik. Das Thema Windkraft aber ist für sie so emotional, da beharren sie darauf, dagegen zu sein.

Viele Aktivisten fühlen sich von dem veränderten Landschaftsbild gestört. Andere haben Angst, dass ihr Grundstück durch die Anlagen an Wert verliert. Manche sorgen sich, dass ihre Gesundheit unter dem sogenannten Infraschall leiden könnte, Schwingungen, die durch das Drehen der Rotoren entstehen. Es gibt jedoch keinen wissenschaftlichen Beweis für eine solche Gefahr. Grenzwerte, wie viel Lärm bei Anwohnern ankommen darf, sind gesetzlich festgeschrieben und in Deutschland deutlich strikter als von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen. Und doch: Die Sorge hält sich. Nicht selten eskaliert der Streit.

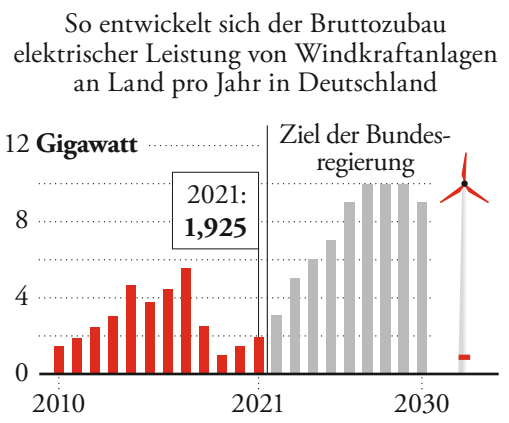
Anita Schmidt-Jochheim, Aktivistin: Die Windkraft hat bei uns in Niedersachsen ganze Dorfgemeinschaften entzweit.

Thomas Kaiser, Bürgermeister: Die Stimmung in meiner Gemeinde ist wegen der Windräder oft angespannt. Bei einer Bürgerversammlung mit 200 Leuten fing ein Mann aus dem Publikum an, den Bruder seiner Frau zu beschimpfen, die sind richtig aufeinander losgegangen. Der eine war für Windkraft, der andere dagegen. Sie fingen an, sich zu prügeln. Ich selbst habe Freundschaften verloren, werde nicht mehr zu Geburtstagen eingeladen, weil ich mich mit dem Gemeinderat für die Windräder eingesetzt habe. Normalerweise komme ich als Bürgermeister zu einem 75. oder 80. Geburtstag und gratuliere, bringe eine Flasche Wein und Blumen mit. Neulich sagte einer: Sie brauchen nicht wiederkommen. Das tat weh.

Ubbo de Witt, 61, plant und baut Windparks in Niedersachsen, NRW und Sachsen-Anhalt: Es gab schon Veranstaltungen, da hatten wir Angst, dass uns die Autoreifen zerstoehen werden.

Alexandra Weber, EnBW-Standortleiterin: Wegen Windrädern wurde ich mit dem Tod bedroht. Meine Mitarbeiterin und ich saßen in einem Gespräch mit einem Bürgermeister und zwei Anwohnern. Plötzlich wurden diese aggressiv. Einer sagte, der Windpark komme nur über ihre Leichen. Dann deutete er auf mich und meine Mitarbeiterin und rief: »Und das werden nicht die einzigen Leichen sein!«

Die Wut der Windkraftgegner beschäftigt die Wirtschaft und die Politik. Denn die Aktivisten haben Macht: Schon jetzt verzögern ihre Aktionen vielerorts den Bau von Windrädern. 2020 wurde bundesweit gegen 183 neu genehmigte Anlagen Klage eingereicht. In Brandenburg wurden kürzlich sämtliche Regionalplanungen durch Gerichte gestoppt. Abstandsregeln wie in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, wonach ein Windrad mindestens tausend Meter von Wohngebäuden entfernt sein muss, sind ein politisches Zugeständnis an die Aktivisten. In Bayern zeigt sich das Problem besonders deutlich: Aus Angst vor der Wut der Anwohner bleibt dort seit Jahren die 10H-Regel bestehen. Diese verlangt, dass der Abstand zu Wohngebäuden mindestens zehnmal die Höhe des Windrades betragen muss. Eine moderne Anlage von 200 Metern darf somit nicht näher als zwei Kilometer ans nächste Grundstück rücken. Auch deshalb wurden letztes Jahr in Bayern nur acht Windräder gebaut. Eines zeigt sich deutlich: So wird das schwierig mit Robert Habecks Plänen.



Thomas Kaiser, Bürgermeister: Die Nachbargemeinde hat gegen unseren Plan mit den Windkraftanlagen geklagt. Von ihrem Badensee aus, dem Schluchsee, sieht man den Gießbacher Kopf und dann eben auch die zwei Windräder. Als Touristenort befürchten sie Nachteile. Den Rechtsstreit haben wir gewonnen. Aber der Bau hat sich um zwei bis drei Jahre verschoben. Das ärgert mich.

Alexandra Weber, EnBW-Standortleiterin: Manche Anwohner fürchten sich vor dem Ärger im Dorf, wenn sie uns ihr Grundstück verpachten. Sie sagen: »Kommen Sie zur Vertragsunterzeichnung bitte nicht zu mir nach Hause«, oder: »Ich würde ja gerne, aber ich will keine Probleme.« Auch viele Bürgermeister stecken den Kopf in den Sand, vor allem die ehrenamtlichen. Sie haben keine Zeit, sich das Fachwissen zu erarbeiten – und keine Lust auf die Auseinandersetzung. Normalerweise stecke ich Tiefschläge ganz gut weg. Aber manchmal stoße ich an meine Grenzen. Zum Beispiel wenn der zehnte Grundstücksbesitzer aufgelegt hat und ein Mitarbeiter sagt: »Das ist so frustrierend, ich kann nicht mehr.« Oder wenn ein Mitarbeiter sagt: Ich traue mich nicht mehr, zu diesem Ortstermin zu gehen. Dann ist es manchmal die einzige Lösung, das Projekt erst einmal zurückzustellen.

Frank Mastiaux, EnBW-Chef: Die Proteste sind für mich ein Anzeichen dafür, dass wir noch mehr für die Akzeptanz speziell vor Ort tun müssen. Es ist zwar nicht so, dass jeden Tag ein neuer Protest gegen einen unserer Windparks auf meinem Schreibtisch landet. Aber als Energieunternehmen, das die Energiewende mitgestalten will, spüren wir schon, wenn der Ausbau ins Stocken gerät. Die Genehmigungsverfahren dauern in Deutschland zudem bis zu fünf Jahre und mehr. Der Zubau hat sich deshalb deutlich verlangsamt: 2017 haben wir noch um die 100 Windräder im Jahr aufgestellt, dieses Jahr werden es nicht einmal 20 sein.

Siegrid Heinze, Landrat: Vor 20 Jahren hat sich das dänische Unternehmen Vestas bei uns angesiedelt, einer der weltweit größten Hersteller von Windkraftanlagen. Nach dem Kohleausstieg hat das wieder Arbeitsplätze und Aufschwung gebracht. Auch die Stimmung der Bürger gegenüber der Windkraft hat sich verbessert. Im vergangenen Herbst hat Vestas nun angekündigt, das Werk bis zum Jahresende zu schließen. Man sehe nicht mehr genug Absatzmöglichkeiten in Deutschland, die Windkraft stocke hierzulande zu sehr. Alle Arbeitsplätze sind ersatzlos weggefallen. Das ist eine Katastrophe.

Ubbo de Witt, Projektentwickler: Inzwischen wird so viel geklagt, dass Kommunen sich schwertun, überhaupt Flächen rechtssicher auszuweisen. Manche Verfahren laufen seit den Nullerjahren. Eine Gemeinde bei uns in der Nähe muss gerade den dritten Flächennutzungsplan für Windenergie ausarbeiten, zwei sind bereits vor Gericht gescheitert. Wenn ich dann Minister Habeck vom »Faktor drei« reden höre, also, dass die Anstrengung beim Ausbau dreifach werden soll, denke ich: Warum fragt der nicht die Leute, die sich auskennen? Die Enttäuschung wird groß sein, weil wir die Ziele so nicht erreichen können.

Gibt es für das Problem eine Lösung? Im ganzen Land suchen Politiker, Mitarbeiter von Unternehmen und Mediatoren danach. Die naheliegendste: Geld. Lange profitierten vor allem einzelne Bürger, wenn ein Windrad gebaut werden sollte, weil sie ihre Grundstücke verpachteten. Seit dem vergangenen Jahr können nun aber auch die Gemeinden leichter mitverdienen. 0,2 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde dürfen die Betreiber an sie auszahlen. Und Kommunen, die neue Windkraftanlagen zulassen, haben auf einmal Geld, um Schulden zu bezahlen, die Kirchenorgel zu restaurieren oder das Schwimmbad wieder zu eröffnen. Im Ampel-Koalitionsvertrag wurde nun sogar festgeschrieben: »Wir wollen dafür sorgen, dass Kommunen von Windenergieanlagen und größeren Freiflächen-Solaranlagen auf ihrem Gebiet finanziell angemessen profitieren können.«

Reinhard Christiansen, Windparkbetreiber: Wir haben keine Lust auf ewige Klageverfahren, deshalb haben wir uns mit einem Kläger außergerichtlich geeinigt, indem wir ihm Geld bezahlt haben. Wenn ich heute jemanden treffe, mit dem ich mich wegen einer Windanlage gestritten habe, wechselt der nicht die Straßenseite. So sind wir hier oben im Norden nicht.

Ubbo de Witt, Projektentwickler: Wir versuchen, möglichst viele Eigentümer im Umfeld der Planung zu beteiligen, die irgendwie betroffen sind. Sei es als Anwohner, durch einen Wegeanteil oder ein Kabel. Wir grenzen ein bestimmtes Gebiet um die Anlagen ab, und auf diese Fläche wird die Pacht umgerechnet, damit nicht nur derjenige Glück

gehabt hat, bei dem die Windkraftanlage auf dem Feld steht.

Emanuela Boretzki, Mediatorin: Manchmal sorgt der Betreiber dafür, dass ein Radweg gebaut wird, dass Gräben wieder fit gemacht oder Hecken gepflanzt werden. Wenn die Bürger was von der Windkraft haben, dann wächst die Akzeptanz.

Alein mit Geld lassen sich die Konflikte aber nicht befrieden. In diesem Streit, der so hitzig geführt wird, spielen auch bei der Lösung Emotionen eine wichtige Rolle. Oftmals beginnt es schon bei der Kommunikation. Eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag der »Fachagentur Windenergie an Land« zeigt: Am wichtigsten ist den Menschen, rechtzeitig über den Bau der Anlagen informiert zu werden. Und die Möglichkeit, an der Umsetzung beteiligt zu werden. Die Menschen wollen gehört werden – und ernst genommen.

Anita Schmidt-Jochheim, Aktivistin: Wir Bürgerinnen und Bürger haben nur durch Zufall von den Windrädern erfahren. Niemand hat uns etwas gesagt. Nicht die Stadt, nicht die Zeitung. Deshalb haben wir uns zunächst zusammengeschlossen und dann eine Bürgerinitiative gegründet. Wir haben die Lokalpolitiker herumgeführt, um ihnen die Besonderheiten vor Ort und die möglichen Auswirkungen von Windrädern zu zeigen. »Energiepolitische Spaziergänge« haben wir das genannt. Dann hat man uns zugehört.

Emanuela Boretzki, Mediatorin: Es geht immer um Transparenz. Manchmal sind schon die Darstellungen der geplanten Windkraftanlagen auf den Unterlagen für die Bürgerbeteiligung nicht realistisch. Sehr helle Bilder, wunderbares Wetter und eine sehr weiße, strahlende Windkraftanlage. So gezeichnet, dass man gar nicht weiß: Wie groß sind die denn tatsächlich? Da fühlen sich die Bürger verarscht. Am besten wäre es, sie würden mit eingebunden, wenn die Flächen ausgewählt werden, die für Windräder infrage kommen. Da gibt es noch Gestaltungsspielraum. Meistens ist es so,

dass den Leuten die Planung erst vorgestellt wird, wenn sie quasi beschlossen ist. Und dann geht es los mit dem Kräfteressen: Wer sitzt am längeren Hebel, und wer kann was verhindern?

Frank Mastiaux, EnBW-Chef: Wir müssen den Leuten die Tatsachen sauber erklären, und zwar nicht technisch distanziert, sondern entlang ihrer Sorgen und Ängste. Ein wichtiges Element ist, ihnen bewusst zu machen, dass es am Ende nicht nur ums Klima, sondern auch um die Versorgungssicherheit geht. Bald werden die Nuklearanlagen abgeschaltet, dann die Kohlekraftwerke. Und die derzeitigen Ereignisse in der Ukraine machen die Energieversorgung nicht sicherer. Wir brauchen daher einen konsequent schnellen Ausbau der Erneuerbaren – das ist am Ende ein übergeordnetes Interesse, das alle bedenken müssen, die vor Ort Einwände vorbringen.

Siegrid Heinze, Landrat: Ich bin dafür, dass die Regionen nachziehen, die kaum Windenergieanlagen haben. Zum Beispiel Berlin. Erst wenn man auf dem Tempelhofer Feld eine Anlage hinstellt, dann meint man auch die Energiewende in Berlin ernst. Widerstand entsteht ja auch, weil von den Leuten im ländlichen Raum immer Akzeptanz für Windanlagen gefordert wird, die Städte aber nicht mitziehen, sondern grün nur als Ideologie leben.

Cornel Lindemann-Berk, Landwirt: Ich habe damals die Gegeninitiative eingeladen und bin mit den Leuten zu einer Anlage gefahren, die schon stand. Alles hab ich erklärt, aber da war nichts zu machen. Also habe ich ein neues Fundament gegossen, weg vom Dorf, näher dran an meinem Hof. Seit die Anlage weiter entfernt von den Wohnhäusern steht, habe ich nie wieder eine Klage gehört. Im Gegenteil finden die meisten das jetzt sogar klasse und machen ihren Sonntags-spaziergang teilweise davon abhängig: Sie schauen aus dem Fenster, wie schnell die Anlage sich gerade dreht.

Schon heute wird nicht selten irgendwann doch ein Kompromiss gefunden. Wenn die Gewerbesteuer im Ort bleibt zum Beispiel oder der Betreiber die Anzahl der Windkraftanlagen um ein paar verringert. Neue Anlagen müssen mittlerweile abgestellt werden, wenn zu einer bestimmten Tageszeit der Schatten der Rotoren auf Häuser oder Gärten fällt. Und auch die Lärmbelastung hat abgenommen, weil die Technik weiterentwickelt wurde. Manchmal löst sich ein Konflikt auch früher oder später ganz von allein auf. So zeigen Studien zwar, dass die Akzeptanz der Windenergie bei Menschen stark sinkt, sobald eine Anlage in ihrer Nähe gebaut werden soll. Stehen die Windräder allerdings erst einmal, wächst ihre Zustimmung allerdings. Und manchmal ist sie dann sogar größer als je zuvor.

Mitarbeit Protokolle:
Niko Kappel, Anna Scheld und Manuel Stark

Foto: Felix Schmitt für DIE ZEIT (3); Patrick Shearson für DIE ZEIT (2); ZEIT-Grafik, Quelle: FA Windenergie an Land, Bundesmin. für Wirtschaft und Klimaschutz